

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Martin Brandl (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung

Genehmigung von Geothermieprojekten

Die **Kleine Anfrage 2021** vom 15. November 2013 hat folgenden Wortlaut:

Der Pfalz-Express schreibt im Artikel „Bürgerinitiative Geothermie Steinweiler kämpft weiter: Unterstützung von der Politik erhofft“ vom 10. November: „... Gerade am Vortag habe Lemke betont, dass Geothermie nicht mehr gegen den Willen der Menschen durchgesetzt werden dürfe ... Man schaffe sogar den Rahmen für ein Plebiszit, hinter welchem er (Minister Alexander Schweitzer) selbst unbedingt stehe. Im Land gebe es eine veränderte Genehmigungslage, die es auch Investoren schwer mache, in Rheinland-Pfalz weitere Kraftwerke zu errichten ...“

Ich frage die Landesregierung:

1. Inwiefern wurde die erwähnte Genehmigungslage für Geothermieprojekte durch Gesetze geändert?
2. Inwiefern wurde die Genehmigungslage für Geothermieprojekte durch eine veränderte Auslegung von Gesetzen geändert?
3. Inwiefern wurde die Genehmigungslage für Geothermieprojekte durch andere als die in 1. und 2. genannten Punkte geändert?
4. Welche weiteren Veränderungen bei der Genehmigung strebt die Landesregierung an?
5. Für welche Standorte welcher Investoren liegen derzeit Anträge für Geothermieprojekte vor?
6. Welche beantragten Geothermieprojekte wurden in den letzten drei Jahren abgelehnt und warum?

Das **Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 3. Dezember 2013 wie folgt beantwortet:

Zu den Fragen 1 und 2:

Es gibt keine geänderte Rechtslage. Daher wurde die Genehmigungslage nicht aufgrund von Gesetzesänderungen verändert.

Zu den Fragen 3 und 4:

Die Bestrebungen der Landesregierung sind in ihrer Stellungnahme vom 3. Juli 2012 zu den Ergebnissen der Mediation dokumentiert und sind somit Bestandteil des gemeinsam mit den Bürgerinitiativen und Unternehmen unterzeichneten Ergebnisdokumentes der ersten Phase des Mediationsverfahrens „Tiefe Geothermie Vorderpfalz“ vom 21. Mai 2013 dieses Jahres. Sie zielen auf ein hohes Sicherheits- und Schutzniveau und eine bessere und transparentere Beteiligung der Öffentlichkeit in künftigen Genehmigungsverfahren. Zu den Inhalten der Stellungnahme wird auf die Beantwortung der Kleinen Anfrage 983 vom 26. Juli 2012 (Drucksache 16/1505) verwiesen.

Entsprechend diesen Ergebnissen wurden in dem bergrechtlichen Zulassungsverfahren für das Kraftwerk in Insheim auf freiwilliger Basis eine Beteiligung der Öffentlichkeit durchgeführt und in den noch relevanten Fällen für die Geothermiekraftwerke Landau und Insheim die befristeten bergrechtlichen Zulassungen angepasst.

Zu den Fragen 5 und 6:

Gegenwärtig liegen dem Landesamt für Geologie und Bergbau keine Anträge auf Zulassung von Geothermievorhaben vor. Es wurden in den vergangenen drei Jahren auch keine Vorhaben abgelehnt.

Eveline Lemke
Staatsministerin